

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die Sächsische Schweiz

Amtsblatt für das Amtsgericht, das Hauptzollamt, sowie für den

Stadtrat zu Schandau und den Stadtgemeinderat zu Hohnstein

Die „Sächsische Elbzeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Die Ausgabe des Blattes erfolgt nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: vierteljährl. 3.60 M., monatl. 1.20 M., durch die Post vierteljährl. 3.60 M. (ohne Bestellgeld). Die einzelne Nummer kostet 15 Pfg. Alle Postanstalten im Reich und im Auslande, die Briefträger und die Geschäftsstellen, sowie die Zeitungsboten nehmen jederzeit Bestellungen auf die „Sächs. Elbzeitung“ an.



Anzeigen sind bei der weiten Verbreitung der „Sächsischen Elbzeitung“ von gutem Erfolg. Annahme derselben nur bis spätestens vormittags 9 Uhr, größere Anzeigen am Tage vor dem Erscheinen erbeten. Ortspreis für die 6 gespaltene Kleinschriftzeile ober deren Raum 30 Pfg., für auswärtige Auftragsgeber 35 Pfg. (tabellarische und schwierige Anzeigen nach Uebereinkunft), Reklame und Eingefandt die Zeile 75 Pfg. Bei Wiederholungen Rabatt.

Verantwortlich: Konrad Rohrlapper, Bad Schandau.

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele.

Fernruf Nr. 22. Telegramme: Elbzeitung. :: Postcheckkonto: Leipzig Nr. 34918. Gemeindeverbands-Girokonto Schandau 36.

Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleinhennersdorf, Krippen, Sichtenhain, Mitteldorf, Ostrau, Porsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtsdorf, Schmilka, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsisch-Böhmischen Schweiz.

Nr. 212

Bad Schandau, Donnerstag, den 23. Oktober 1919

63. Jahrgang

Rohlenversorgung betr.

Es können beliefert werden:

Die Abschnitte 1 der **Kohlengrund-, Zusatz- und Untermieterkarte** mit je einem halben Zentner **Briketts**, Preis 5.70 M. der Zentner.

Ausgabe morgen Freitag, den 24. d. M., vormittags von 8—12 Uhr für die Häuser 1—150, von 2—4 Uhr für die Häuser 151—264 bei **Mertigs**.

Schandau, am 23. Oktober 1919.

Der Stadtrat.

Holzversteigerung. Postelwitzer und Reinhardtsdorfer Staatsforstrevier.

Im Gasthof „Lindenhof“ in Schandau, Dienstag, den 4. November 1919, I. Postelwitzer Revier, vorm. 11 Uhr: 532 w. Stämme, 468 w. u. 18 h. Klöße, Abt. 3, 6, 9, 34 u. 54,

II. Reinhardtsdorfer Revier, vorm. 12 Uhr: 467 w. Stämme, 297 w. Klöße, 210 fichtene Derbstangen, 7360 fichtene Reisstangen, Abt 46, 55 u. 67, Einzelhölzer in fast allen Abteilungen.

Forstrevierverwaltung Postelwitz und Reinhardtsdorf. Forstrentamt Schandau.

Volksbücherei im neueren Schulgebäude, erste Etage. Ausgabe jeden Freitag zwischen 4 und 5 Uhr. enthält eine reiche Auswahl von Werken unterhaltenden und belehrenden Inhalts der bekanntesten und bestbelegten Autoren.

Nachstehende Verordnung des Reichswehrministers, die auch für Sachsen Geltung hat, wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht. 1206 III Kr. 1. B. 11544

Wirtschaftsministerium.

Bekanntmachung.

Nr. F. R. 60/10. 19. KRA.

Auf Grund der die wirtschaftliche Demobilisierung betreffenden Befugnisse wird nach Maßgabe des Erlasses, betreffend Auflösung des Reichsministeriums für wirtschaftliche Demobilisierung vom 26. April 1919 (RWB. S. 438), folgendes bestimmt:

Artikel I.

Die Bekanntmachung Nr. Ch. 1802/3. 17 KRA., betreffend Bestandserhebung von Holzverkohlungszeugnissen und anderen Chemikalien vom 1. Juni 1917, tritt außer Kraft. Die Meldungen, um die in der den Betroffenen namentlich zugegangenen Verfügung des Preussischen Kriegsministeriums Kriegsrohstoffabteilung Nr. Ch. 730/12. 17 KRA. vom 28. Dezember 1917 (betreffend Holzverkohlungsprodukte) ersucht worden war, sind nicht mehr zu erstatten.

Artikel II.

Diese Bekanntmachung tritt am 8. Oktober 1919 in Kraft.

Berlin, den 8. Oktober 1919.

Der Reichswehrminister.

J. A.: Wolffhügel.

Fortsetzung des amtlichen Teils auf der 4. Seite.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Reichsregierung hat nunmehr die offizielle Mitteilung erhalten, daß die Vertreter der deutschen Arbeiter an der Arbeiterkonferenz in Washington mit gleichen Rechten teilnehmen können.

* Eine vom Deutschen Eisenbahnerverband in Frankfurt a. M. veranstaltete Versammlung von Eisenbahnern nahm in einer Entschließung die bekannten Beschlüsse über den Rücktritt des Präsidenten Stapff und anderer hoher Beamten zurük.

* General Dupont, Chef der französischen Militärkommission in Berlin, wird Vorsitzender der Kommission zur Festsetzung der deutsch-polnischen Grenze.

* Der Oberste alliierte Rat in Paris bereitet die Einberufung des Rates des Völkerbundes sofort nach Ratifizierung des Friedensvertrages nach Paris vor.

* Im Baltikum kam es zwischen den deutschen Truppen des Generals v. Eberhardt und den Litauern zu einem Gefecht. Einzelheiten fehlen.

* In ganz Litauen ist wegen der Gefahr eines Krieges mit Polen der Belagerungszustand verhängt worden.

* Die italienischen Truppen haben Cattaro, das die Flottenbasis der Südslawen werden soll, geräumt.

Übergriffe.

Von einem wirtschaftspolitischen Mitarbeiter wird uns geschrieben:

Ein reiches Sorgenkind des Staates verprechen die Angestelltenausschüsse zu werden. Die Arbeiterräte haben sich eher schon wenigstens einigermaßen den gegebenen Verhältnissen angepaßt, wenn es auch mit ihnen noch oft genug Schwierigkeiten über Schwierigkeiten gibt. Aber ihr jüngeres revolutionäres Geschwister, die Angestelltenausschüsse, gebärden sich aller Einwirkungen ungeachtet fast überall so wild und so maßlos, daß es manchmal schier unmöglich ist, das notwendige Einvernehmen mit ihnen aufrechtzuerhalten.

Was soll man z. B. dazu sagen, wenn, wie dieser Tage vom „Wirtschaftsverband deutscher Berufssoldaten“ mitgeteilt wurde, die Zivilangestellten bei den Behörden ihre Untertänigkeit gegen Militärämter so weit treiben, daß nicht einmal den Kriegsbeschädigten eine Anstellung gegönnt werde. Im Rheinlande hätten sogar die Ausschüsse der Zivilangestellten bei den feindlichen Befehlshabern die Ausweisung der von den Behörden angestellten Militärämter durchgesetzt. Die Zivilangestellten drücken sogar auch die Entfernung höherer Beamter durch — eine Behauptung, die von dem auf der Tagung anwesenden Vertreter des Reichsarbeitsministers ausdrücklich ausgegeben wurde. Das Ministerium sehe natürlich auf dem Standpunkt, daß solche Versuche schroff abgewiesen werden müßten, denn es wäre der Ruin der gesamten Staatsverwaltung, wenn die Angestellten- oder Beamtenausschüsse einen solchen Einfluß auf die Verwaltung gewönnten. Manche Ausschüsse hätten sich Rechte angemahnt, die über den gesetzlichen Rahmen weit hinausgingen. Deshalb sei man jetzt an der Arbeit, diese Rechte gesetzlich festzulegen. Für das Reichsarbeitsamt käme bei der Stellenbesetzung nicht die Gefinnung, sondern allein die sachliche und fachliche Eignung des Bewerbers in Frage. Es paßt zu diesen Mitteilungen, wenn der Reichs-

schmitt am Dienstag in der Nationalversammlung feststellen mußte, daß die Heeres- und Marinebetriebe zum Teil nur unter Inanspruchnahme militärischer Hilfe geschlossen werden konnten. Und das besondere Schmerzenskind dieser Verwaltung, die Reichswerke in Spandau, haben immer noch unter den mißlichen Angestellten- und Arbeiterhältnissen schwer zu leiden. Daß der Generaldirektor dieser Werke das allerdings ganz ungewöhnlich hohe Gehalt von 240 000 Mark bezieht, scheint manchem seiner Untergebenen die Augen auszustechen; aber einmal handelt es sich hier offenbar um eine außerordentliche Kraft, die nur um diesen Preis für den Reichsdienst gewonnen werden konnte, und dann liegen die Dinge heute doch wirklich so, daß jeder auf eine angemessene Bezahlung seiner Dienste rechnen kann, wenn er nur wirklich produktive Arbeit zu leisten weiß. Die Angestelltenausschüsse verhindern aber vielfach durch ihre Maßnahmen, ja schon durch die ganze Art ihres Auftretens jede fruchtbare Arbeit, so daß mancher Geschäftsinhaber nicht mehr weiß, woher er die Mittel zur Befriedigung der durch sie erhobenen Ansprüche nehmen soll. Nicht einmal so viel Solidaritätsgefühl wohnt ihnen inne, daß sie sich hinter die Verpflichtungen der zuständigen Verbandsleiter stellen, auf die hin es zu Tarifabmachungen oder zu Schiedssprüchen gekommen ist. Erwüßten diese nicht alle Forderungen, die man im eigenen Entwurf aufgestellt hat, so werden sie in Betriebsabstimmungen abgelehnt, wie es in diesen Tagen erst wieder in einigen nahezu als lebenswichtig zu bezeichnenden Unternehmungen der Reichshauptstadt vorgekommen ist, obwohl die berufenen Vertreter sich namens ihrer Organisationen vorher diesen Schiedssprüchen ausdrücklich unterworfen hatten. Diese Beispiele ließen sich zu Bergen häufen. Leichter ist die Wirtschaftsführung in Deutschland seit dem ungeheuren Emporschließen der Angestelltenbewegung ganz gewiß nicht geworden.

Das Betriebsrätegesetz, mit dem die Nationalversammlung augenblicklich beschäftigt ist, sollte darauf Bedacht nehmen, diese Übergriffe unmöglich zu machen und nur das im Gesetz zu „verankern“, was an dieser neuen Einrichtung wirklich gesund und lebensfähig ist. Aber die maßgebenden Parteien schließen die Augen vor den Erscheinungen des Lebens und verharren bei den wohlmeinenden Vorstellungen, die sie sich nun einmal von den Gebildeten der Revolution gemacht haben. Mit dieser Methode werden wir dem allseitig als notwendig erkannten Aufbau unserer Wirtschaft lediglich Hindernisse in den Weg wälzen, in deren Bekämpfung sich die arbeitslustigsten Kräfte des Volkes aufreiben müssen. So kommen wir nicht zum Ziel, ganz gewiß nicht!

Bunte Tages-Chronik.

London. Infolge des Einsturzes einer Fördermaschine wurden in dem Devant-Bergwerk in der Nähe von Beaune vierzig Bergarbeiter getötet und zahlreiche andere verletzt.

Augsburg. Im Hofraume der Spinnerei Umühle ereignete sich beim Abbrennen von Zündern eine Explosion, durch die zehn Personen schwer verletzt wurden. Zwei von diesen, darunter ein Vater von acht Kindern, sind gestorben.

Wien. In den nächsten Tagen wird der Ministerrat die Verfassung für das Bosener Gebiet festlegen. Das Bosener Gebiet soll in der Warschauer Regierung von zwei Ministern, in Wien selbst von vier Sektionschefs geleitet werden.

Vom Untersuchungsausschuß.

(Zweiter Tag.)

Im Etsaal des Reichstags.

Drei Treppen hoch ein Etsaal, der wenig mehr als hundert Personen notdürftig Unterkunft bietet. Zwei riesige Bogenfenster an den beiden Straßenseiten erhellen den Raum, an dessen einer Wand ein melancholisch stimmendes Bild hängt: Mollke vor einer Budgetkommission eines alten Reichstags eine Militärvorlage begründend. Die ausgleichende Gerechtigkeit der Abgeordneten hat als Gegengewicht eine halblebensegroße Bronzestatue Eugen Richters in eine Ecke plaziert; sie ist mehr gut gemeint als schön.

Dieser Raum mit seiner quadratischen Grundfläche ist überfüllt. Kopf an Kopf Abgeordnete, Würdenträger des alten und neuen Systems, Presseleute, ein wenig — sehr wenig Publikum. Der lange Tisch vor dem einen Fenster, an dem die untersuchungsführenden Abgeordneten sitzen, die Tische der geladenen Sachverständigen und der eingeladenen hohen Beamten von früher, der der Stenographen, des Zeugen Graf Bernstorff, die der Presse stoben fast aneinander; Stuhl rührt an Stuhl. Kein sehr bequemer, auch kein sehr würdiger Zustand. Hätte man noch vierzehn Tage, eine Woche gewartet, dann hätte man den Sitzungssaal des Herrenhauses zur Verfügung gehabt. Aber ein Teil der Abgeordneten konnte es durchaus nicht erwarten, daß der Blick der Öffentlichkeit, Deutschlands, der Welt auf ihnen ruhen sollte. Sie haben im Schoße des Ausschusses abgesetzt . . .

Am langen Quertische in der Mitte, blond, eher unterseht als groß, blühender Gesichtsfarbe der Verhandlungsleiter, der deutsch-nationale Abg. Warmuth, in seinem bürgerlichen Beruf Landesgerichtsdirektor und von ihm eine überlegene Ruhe in die Verhandlungsführung mitbringend, ohne die es schwer anginge. Dem einem Teil der untersuchenden Abgeordneten haßte nur zu sehr die Gewohnheiten des Rechtsanwaltes mit großer Strafprozesspraxis an. Dr. Cohn von den Unabhängigen, Dr. Einzheimer von den Mehrheitssozialisten, sie fassen zu, schleudern dem Zeugen Grafen Bernstorff Fragen hin, die dieser beim besten Willen nicht aus eigener Kenntnis beantworten kann, Fragen über Berliner Interna, über die Stellung der Obersten Heeresleitung zu unseren Friedensschritten. Es ist schwer zu entscheiden, ob jene der Eifer des Gefechts, ob sie vorgefaßte Meinung hinreißt.

Der Zeuge Graf Bernstorff, sehr bürgerlich und gar nicht so aussehend, wie Grafen in Luftspielen und Romanen dargestellt zu sein pflegen, hat demgegenüber einen schweren Stand; daß er ein wenig schwerhörig ist, erleichtert ihm den auch nicht. Von einer andern Seite her machen ihm die Fragen der sachverständigen Historiker zu schaffen, die des Professors Bonn, des alten Geheimrats Dietrich Schäfer. Sie schürfen tiefer; gelegentlich hat man den Eindruck: tiefer, als der Diplomat je mit seinen Gedankengängen gedrungen ist.

Zur Seite an dem Tisch der Eingeladenen der frühere Reichsanzler v. Bethmann Hollweg. Er ist sehr stark gealtert, seit man ihn zuletzt öffentlich sah; die Stirn von unzähligen Runzeln zerfurcht. Neben ihm rechts das frische, schmissedurchzogene Korpsgerüst des früheren Staatssekretärs des Auswärtigen Zimmermann, links das schwarzschattige Gesicht Dr. Helfferichs. Die drei

sind vielleicht die unmerklichsten Zuhörer im Saal; sie tauschen gespannt, sie machen sich Notizen; auch sie werden ja unter ihrem Eid vernommen werden . . .

Im Hintergrunde überall die Männer, die heute voran sind. Minister David, Reichswehrminister Roske, Präsident Lehrenbach, Viele, viele. Ein ständiges Kommen und Gehen. Alle aber voll höchster Aufmerksamkeit, alle sich beherrschend, wenn irgend eine unerwartete Bemerkung Vernstorffs ein neues Licht auf diese alten Dinge wirft, dann geht ein unterdrücktes Bittern der Spannung durch die Anwesenden. Denn wenn hier eine Unterbrechung geführt wird darüber, ob Friedensmöglichkeiten verkannt wurden, so wird damit ja zugleich über die Politik aller Parteien, aller Staatsmänner Deutschlands, wenn nicht zu Gericht gesessen, so doch Urteilstmaterial beigebracht. H . . h.

Verhandlungsbericht.

Zu der heutigen Sitzung war am Zentraltisch neben dem früheren Reichsfeldmarschall v. Balthmann-Sollweg und dem früheren Reichsfeldmarschall auch der frühere Staatssekretär des Auswärtigen Zimmermann erschienen. Wie der Vorsitzende mitteilte, wird die nächste Sitzung voraussichtlich im Herrenhausaal abgehalten werden. Die

Befragung des Grafen Bernstorff

bringt zunächst auf eine Anregung die Befragung des Grafen, daß vom Tage der Versenkung der „Luitania“ an bis zur Versenkung der „Sussex“ in Amerika niemals ein Augenblick gewesen sei, in dem keine deutsch-amerikanische Streitfrage bestand. Jedemal, wenn wir glaubten, irgend etwas erreicht zu haben, geschah wieder eine Versenkung oder etwas anderes, was alle Verhandlungen illusorisch machte. Während dieser Zeit hatte sich

Der gesamte amerikanische Handel auf die Entente eingestellt.

Sätte Wilson diesen Handel gestört, so würde er die öffentliche Meinung in Amerika gegen sich gehabt haben. Darum lehnte es Wilson auch immer ab, die bewaffneten Handelsschiffe aus den amerikanischen Häfen fernzuhalten. Auf Fragen der Sachverständigen Professor Schäfer und Professor Dr. Noeltch bestätigte Graf Bernstorff, daß zunächst gerade Belgien wegen der öffentlichen Meinung in Amerika gegen Deutschland aufgebracht gewesen wäre. Bei der Friedensvermittlung hätte man unter allen Umständen die volle Wiederherstellung Belgiens verlangt. Der Vorsitzende Wurmuth fragte, ob Wilson positiv eine Wiederherstellung Belgiens verlangt hätte. Graf Bernstorff erwidert, eine

Erklärung, daß Deutschland Belgien nicht annektieren wollte, hätte genügt, um Wilson zum Beginn der Friedensverhandlungen zu veranlassen. Abg. Dr. Schüßing fragte, durch welche anderen Umstände außer dem U-Boot-Krieg und der Deportation der Belgier die amerikanische Stimmung gegen uns beeinflusst worden sei. Graf Bernstorff erwiderte, daß es sich da um die sogenannten deutschen Verschwörungen gehandelt habe. Auf die Frage des Abg. Dr. Cohn, welcher Art diese Verschwörungen gewesen wären, erwiderte Graf Bernstorff, daß nach seiner Auffassung Verschwörungen nicht bestanden hätten. Aber einzelne vorgekommene Handlungen waren tatsächlich mit den Geleichen der Vereinigten Staaten nicht in Einklang zu bringen. Abg. Dr. Schüßing fragte, ob diese Vorfälle gemeine Verbrechen mit politischen Motiven dargestellt hätten. Graf Bernstorff erwiderte, daß die Verurteilung erst erfolgte, nachdem er die Vereinigten Staaten verlassen hätte. Es handle sich um die beiden deutschen Konsuln und den Herrn Kinteln. Inwiefern diese Herren überführt worden seien oder nicht, wisse er nicht, nur sollten einige Sabotage getrieben haben. Graf Bernstorff bestätigte, daß der deutsche Marine- und Militär-Attache auf Grund solcher Angaben abberufen werden mußte. Weiterhin war die Rede von der

Tätigkeit deutscher Agenten.

und Graf Bernstorff nannte als einen solchen den Kapitänleutnant Kinteln, der sich auch an ihn herangemacht habe. Auf mehrmalige Anträge in Berlin erhielt Graf Bernstorff schließlich ein Telegramm des Staatssekretärs v. Jagow, wonach er die Agentenschaft Kintelns kategorisch dementieren sollte. Auf Anfrage des Abg. Gothein erklärte Graf Bernstorff, daß er auch heute noch nicht die Aufrichtigkeit Kintelns kenne. Er könne unter seinem Eid sagen, daß er nicht wisse, ob jemals Fälle von Sabotage vorgekommen seien, wie es in Amerika allerdings behauptet worden wäre, wie zum Beispiel Bombenlegen auf Handelschiffen aller Nationen und Indusriefabrikren von Munitionsfabriken. Auf die Frage des Vorsitzenden Wurmuth erklärte Graf Bernstorff positiv, daß das Auswärtige Amt sicher nicht hinter solcher Sabotage gestanden hätte. Auf Anfrage Dr. Singheimers teilte Graf Bernstorff mit, nach anfänglicher Weigerung habe ihm die amerikanische Regierung gelagt, es hätte sich nachweisen lassen, daß Kinteln

eine halbe Million Dollar von dem deutschen Marine-Attache Hoy-Ed erhalten habe.

erhalten habe. Auf die offiziellen Beziehungen der amerikanischen Regierung zu Deutschland und insbesondere auf die persönlichen Beziehungen amerikanischer Regierungskreise zu dem Grafen Bernstorff haben diese angeblichen Verschwörungen“ zunächst gar keinen Einfluß geübt. Auf Anfrage von Professor Bonn erklärte Graf Bernstorff, daß, als Staatssekretär Lansing von ihm die Überweisung des deutschen Militär- und Marine-Attaches verlangte, er sofort ihn fragte, ob auch er durch die Tätigkeit dieser beiden Herren kompromittiert sei. Wenn die amerikanische Regierung dies glaube, würde er sofort seine Abberufung beantragen. Damals hat aber Staatssekretär Lansing kategorisch geantwortet: „Sie sind in keiner Weise an dieser Angelegenheit beteiligt.“ Er würde es außerordentlich bedauern, wenn Graf Bernstorff Washington verlasse, da er mit allen wichtigen Verhältnissen vertraut wäre. Diese Äußerung Lansing's habe Oberst House zwei Tage später in noch schärferer Form ihm gegenüber wiederholt.

Auf Befragung durch den Abg. Gothein bezeichnet Graf Bernstorff die Stellung der Militärattaches als ziemlich selbständig. Wilson's Klagen an den Kongreß über verbrecherische Umtriebe hätten sich nur auf Deutsch-Amerikaner, nicht auf Reichsdeutsche bezogen. — Abg. Dr. Singheimer: Sie sagten gestern, daß in amerikanischen Regierungskreisen das Friedensangebot vom 12. Dezember als

Zeichen der Schwäche

gedeutet worden ist. Haben Sie damals auch die Tatsache mitgeteilt, daß dieses Angebot in völliger Übereinstimmung mit der Obersten Seeresleitung verfaßt worden ist? — Graf Bernstorff: Mir ist das Friedensangebot telegraphisch übermittelt worden. Irgebenwelche Aufträge waren an die Mitteilung nicht geknüpft. — Abg. Dr. Singheimer: Ich stelle auf Grund der Akten fest, daß jenes Friedensangebot in voller Übereinstimmung mit der Obersten Seeresleitung zustandegekommen ist, daß diese an dem Entwurf sogar Verbesserungen vorgenommen hat und daß das Angebot auch in völliger Übereinstimmung mit dem Kaiser in die Welt gerannt ist.

Das amerikanische Friedensangebot.

Der Vorsitzende geht zu der Periode über, die mit dem amerikanischen Friedensangebot beginnt. Graf Bernstorff bemerkt, Wilson habe trotz des deutschen Friedensangebotes an der Idee der Friedensvermittlung festgehalten. Die öffentliche Meinung in Amerika hat den Schritt Wilson's abgelehnt als pro-deutsch angefallen. Seit muß ich allerdings annehmen, daß unsere Antwort vom 26. Dezember die Absicht verfolgte,

die Wilson'sche Friedensvermittlung völlig abzuschneiden. Zu dieser Auffassung bin ich vor allem durch ein Telegramm des Kaisers an das Auswärtige Amt gekommen, worin gefragt wurde, warum ich noch von Friedensvermittlungen Wilson's wähe, während eine solche Vermittlung doch gar nicht mehr bestände. Wilson's Note war absichtlich unsicher und laienhaft gehalten, um eine Ablehnung unmöglich zu machen. Ich kann nur wiederholen, daß nach meiner damaligen Ansicht unsere Note vom 26. Dezember nichts an dem Verhalten unserer Regierung änderte. Heute bin ich aber anderer Auffassung. Abg. Singheimer stellt fest, das Kernstück der Note Wilson's vom 18. Dezember die Bitte an alle Kriegsführenden ist, konkrete Friedensbedingungen mitzuteilen. In der deutschen Antwortnote wird aber diese Bitte Wilson's überhaupt nicht erwähnt, und daraufhin telegraphierte Graf Bernstorff, daß Lansing ihn nuntmehr gebeten habe, ihm wenigstens vertraulich unsere Friedensbedingungen mitzuteilen. — Graf Bernstorff: Das ist richtig.

Abg. Dr. Singheimer: Staatssekretär Zimmermann erwiderte zwei Tage vor dem U-Boot-Krieg, Graf Bernstorff möge diese Frage abwartend behandeln. — Graf Bernstorff: Daran habe ich gerade geschlossen, daß alles so bleiben sollte wie bisher. — Abg. Dr. Singheimer: In einem Telegramm des Kaisers an den Staatssekretär Zimmermann vom 16. Januar 1917 heißt es wörtlich: „Allerhöchstdiesem legen gar keinen Wert auf Wilson's Friedensangebot. Falls Bruch mit Amerika unvermeidlich wäre, ist es nicht zu ändern, es wird vorgegangen.“ (Bewegung.)

Graf Bernstorff bestätigt, daß er auf Grund dieser Telegramme und jetziger Veröffentlichungen zu der Ansicht gekommen sei, daß die Wilson'sche Friedensvermittlung von uns befeichtigt werden sollte. Da der Zeuge die Äußerungen des Kaisers und den Schriftwechsel mit Zimmermann nicht gekannt hat, kann er Informationen über diese Dinge und ihre Wirkungen nicht geben.

Deutschlands damalige Friedensbedingungen

kommen nun zur Sprache. Graf Bernstorff bekundet, Lansing habe ihm gelagt, er verstände nicht, warum wir nicht ebenfalls fordern wie die andern. Man könne sich dann auf der Welle einigen. — Abg. Dr. Cohn: Wann wurden die Bedingungen vom 12. Dezember überreicht? — Graf Bernstorff: Gleichzeitig mit der Erklärung des verdrängten U-Boot-Krieges. — Abg. Dr. Cohn: Bezog sich die Lansing'sche Erklärung über die zu möglichen Friedensbedingungen auch auf Belgien? — Graf Bernstorff: Nein. Eine amerikanische Friedensvermittlung ohne Wiederherstellung Belgiens war vollkommen ausgeschlossen. — Abg. Dr. Cohn: Ist Ihnen bei der Rückkehr nach Deutschland bekannt geworden, daß die Bedingungen, die Sie Wilson mitteilen wollten, andere waren als diejenigen, die am 12. Dezember vereinbart wurden? — Graf Bernstorff: Das höre ich heute zum ersten Male. Im übrigen hat diese Sache nach der Erklärung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges keine Rolle mehr gespielt.

Oberst House über die Ententeabsichten.

Zu der Ablehnung der Friedensangebote durch die Entente sagt Graf Bernstorff: Soweit meine Verhandlungen mit Wilson's Vertreter in Betracht kommen, habe ich mir immer gesagt, daß er die Bedingungen der Entente als nicht ernst zu nehmen ansehe. Er hat auch ausgesprochen, die Entente habe die Absicht, uns zum rückwärtsigen U-Boot-Krieg zu bringen, um die Vereinigten Staaten in den Krieg hineinzuziehen.

Auf eine Bemerkung Professor Bonn's erklärte der Zeuge wiederholt, daß diese Ansicht oft in den vertraulichen Gesprächen mit Oberst House ausgesprochen worden ist. Nach Wilson's Wiederwahl zum Präsidenten hatte sich die Situation in Amerika wesentlich geändert. Die Stimmung der Industrie war nicht mehr so feindselig wie früher gegen einen für uns günstigen Frieden.

Wilson's wirkliche Meinungen.

Es folgen einige Auslassungen über die Vorgänge im amerikanischen Senat und über das sog. Kreuzverhör Wilson's, bei dem es sich um die eigentliche Ursache des amerikanischen Eingreifens in den Krieg handelte. Graf Bernstorff sagt, unter seinem Eid könne er nicht sagen, was Wilson gedacht habe. Nach seiner Erinnerung lautete die Frage an Wilson: Glauben Sie, daß unsere moralische Auffassung über die deutsche Schuld am Kriege uns auch in den Krieg hineingebraucht hätte, wenn Deutschland nicht unsere Untertanen und unsern Handel in unrednermäßiger Weise angegriffen hätte. Darauf hat der Präsident geantwortet: Ich hoffe es. Auf die Frage: Glauben Sie, daß wir also doch in den Krieg hineingekommen wären, selbst Deutschland sich nicht speziell gegen uns vergangene hätte, antwortete Wilson: Ich nehme es an. — Der englische Text über die Vorgänge im amerikanischen Senat sollen in der morgigen Sitzung verlesen werden.

Weiter führt Graf Bernstorff noch aus, daß Wilson einen Augenblick abwarten wollte, wo keiner der Kriegführenden noch die Hoffnung habe, den Sieg zu erringen. Auf Befragung durch den Abg. Singheimer,

ob der gute Wille Wilson's zur Friedensvermittlung glaubhaft sei,

erwiderte Graf Bernstorff: Ja! — Dr. Singheimer: Sollte es ein Friede zugunsten der Entente sein? — Graf Bernstorff: Wilson sagte am 22. Januar, es solle ein Friede ohne Sieg erreicht werden. Ich habe es so verstanden, daß das bedeutet, Deutschland solle seine Weltstellung im vollen Umfange behalten. Ich hielt Wilson für einen ehrlichen Mann. — Auf eine Anfrage erklärte Graf Bernstorff: Noch niemals ist von amerikanischer Seite mit mir über einen Frieden verhandelt worden, worin uns auch nur die geringste Abtretung deutschen Gebietes zugemutet worden wäre. Hierauf wurden die Verhandlungen abgebrochen. Sie werden am Donnerstag fortgesetzt.

Schmachvolle Behandlung Mackensens.

Mit Negern zusammengespercht!

Über den Aufenthalt und die unglückliche Behandlung des Generalfeldmarschalls v. Mackensens werden halbamtlich folgende Mitteilungen gemacht:

„Der Marschall, der in kurzem sein 70. Lebensjahr vollendet, wird jetzt in Saloniki festgehalten, wo zu seiner Aufnahme das außerhalb der Stadt gelegene bisherige Geschäftsfotel der Flieger dient. Man will von der Ankunft des Feldmarschalls erst zwei Tage vorher erfahren haben, die Einrichtung ist dementisprechend. Das ganze Territorium hat etwa 40 Meter Breite und 60 Meter Länge — auf ihm wohnen außer 48 Deutschen noch 50 Neger! Die Unruhe Tag und Nacht, die Hitze und schlechte Luft sind unerträglich. Allein auf der staubigen Lagerstraße ist dem Marschall einige Bewegung möglich; auf der andern Seite grenzt das Grundstück an das Meer; dieser Vorzug wird aber wettgemacht durch die Umgebung lärmender Fabriken. Man fürchtet, für die Gesundheit des Feldmarschalls, der unter den Eindrücken und Strapazen der jetzt einjährigen Internierung bei seinem hohen Alter schwer leidet, das Schlimmste. Dabei hat ihm ein französischer General mitgeteilt, daß er bis zur Ratifizierung des Friedens durch sämtliche Mächten in Saloniki festgehalten bleibe.“

Paris. Der Oberste Rat hat beschlossen, dem polnischen Heere militärische Ausstattungsgegenstände zu übermitteln und zwar hauptsächlich aus französischen Vorräten.

Die Arbeiterschutzkonferenz in Washington.

Teilnahme von deutschen Delegierten.

Wegen der Entzündung deutscher und österreichischer Delegierter zu der bevorstehenden Arbeiterschutzkonferenz in Washington haben sowohl von Regierungsseite wie von den Gewerkschaftsverbänden weiter Verhandlungen stattgefunden. Nach dem Ergebnis dieser Verhandlungen erscheint es angängig, von der bisherigen ablehnenden Haltung gegenüber der Frage der Bezeichnung der Konferenz durch deutsche Vertreter abzuweichen. Dem deutschen Gewerkschaftsverband ist durch neutrale Vermittlung die Erklärung zugegangen, daß der Oberste Rat der alliierten und assoziierten Regierungen die Zulassung der deutschen und österreichischen Delegierten als vollberechtigte Mitglieder zu der Konferenz empfohlen hat, so daß auf diese Zulassung in der ersten Sitzung der Konferenz mit Sicherheit zu rechnen ist. Dies ist dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation in Paris bestätigt worden. Die deutsche Regierung hat sich unter diesen Umständen in Übereinstimmung mit der Auffassung des deutschen Gewerkschaftsverbandes entschlossen, Delegierte nach Washington zu entsenden.

Außer zwei Regierungsvertretern und je einem Vertreter der Arbeiter und Arbeitgeber werden der deutschen Delegation eine Anzahl Sachverständiger angehören. Die Abreise wird voraussichtlich mit den österreichischen Delegierten nächster Tage erfolgen. Da der Beginn der Konferenz, der ursprünglich auf den 29. Oktober angesetzt worden war, voraussichtlich um einige Tage verschoben werden wird, steht zu erwarten, daß die deutschen und österreichischen Delegierten noch rechtzeitig zum Anfang der tatsächlichen Verhandlungen in Washington eintreffen werden.

Deutsche Nationalversammlung.

(105. Sitzung.) B. Berlin, 22. Oktober.

Der heutige Tag war der Weiterberatung des Haushalts des Reichsfinanzministers gewidmet. Der Abg. Koch-Buchardt (deutschl. Vp.) trat für Sparsamkeit ein, indem er auf eine ganze Reihe von Stellen hinwies, wo gespart werden könnte. Unter anderem erwähnte er, daß 22 Millionen für den Bau einer Wohnung für den Reichspräsidenten und 20 1/2 Millionen, die für den Neubau des Ministeriums des Innern aufgewendet werden sollen. Es seien so viel Schlösser vorhanden, daß man keine neuen Wohnungen für den Reichspräsidenten zu bauen brauchte.

Reichsbetriebe.

Hierauf gab der Generaldirektor des Reichsverwertungsamtes, Weintich, Auskunft über die Reichsbetriebe. Unter anderem teilte er mit, daß die Betriebe jetzt noch nicht aus den Verlusten heraus sind. Sie sind belastet mit einer ganzen Reihe von Abschüssen, die mit Verlust zu berechnen sind. Es handelt sich dabei um Aufträge, die in der Not und planlos angenommen worden sind. Weiter teilte der Generaldirektor mit, daß Bayern, Sachsen und Württemberg sich uns noch nicht angeschlossen haben, wir also keine Einwirkung auf diese Staaten ausüben können. Da es sich um eine Umstellung von 50 Betrieben handle, stehe man vor einer sehr schwierigen Aufgabe.

Der Abg. Marckth (Deutsche Vp.) kritisierte die Zustände in den Spandauer Betrieben, und gerät dabei mit den Arbeitersozialisten in Konflikt. Man werde allerhand erfahren, wenn einmal die Rechte dazu übergehe, einen Ausschuß zu bilden, um die Maschinen zu untersuchen, die zur Revolution geführt haben. Es wäre feinerzeit besser gewesen, die Kanonen am Rhein statt nach dem Osten, nach dem Innern des Landes zu richten. (Unruhe links.)

Der Abg. Brühl (L. Soz.) nimmt die Arbeiterräte in Schutz, weil sie zuerst die Verschleuderung von Staatsgeltem verhindert hätten.

Nach einer Erwidderung des Ministerialdirektors Sang wurde die allgemeine Aussprache geschlossen und man trat in die Einzelberatung ein.

Amerikas Exporthandel gefährdet.

Vor dem Zusammenbruch.

In den ersten Jahren des Weltkrieges riefen einschichtige amerikanische Patrioten ihrem Lande dringend, sich nicht in den Streit der Völker einzumischen und die ganze Arbeitskraft und Gelbmacht der Vereinigten Staaten in anderer Weise zu verwenden, nämlich zur Eroberung des von Deutschland und England aufgebauten Welthandels.

Diesen vernünftigen Rat haben die Amerikaner zwar nicht befolgt, aber es gab immerhin eine Anzahl von Exportgeschäften, die ihren Handelsverkehr erweiterten, und ebenso entstand eine Reihe neuer Gründungen, die die außergewöhnlich günstigen Umstände benutzten, sich regelmäßige Kunden im Auslande, vor allem in Südamerika, zu sichern. Diese zeitweiligen Vorteile für alle Ausfuhrbestrebungen verschwanden sofort, als die Vereinigten Staaten offen in den Krieg zogen und die reichen Hilfsquellen des Landes ausschließlich in den Dienst der bewaffneten Macht stellten. Mit dem Waffenstillstand und der neuen Friedensperiode, die mit ihm begann, geriet der amerikanische Exportkaufmann in eine Lage, die der seines englischen, französischen und skandinavischen Konkurrenten ziemlich gleich. Er hätte gut den Wettbewerb mit allen diesen Konkurrenten aufnehmen können, und es erhoben sich von neuem ernste Stimmen, die den Yankee anfeuernten, alle Kräfte für den großen Kaufmannkrieg, der sich nun in täglich steigendem Maße in der Welt abspielt, anzuspinnen. Aber während diesmal der Kaufmann mehr bei der Sache war und augenblicklich eingriff, um den amerikanischen Welthandel ins Rollen zu bringen, haben die amerikanische Regierung und die amerikanischen Finanzfachleute bisher völlig verfaßt.

Täglich sinken die Wechselkurse, und täglich mehren sich die Austragskündigungen aus dem Auslande. Behn Monate sind seit dem Abschluß des Waffenstillstandes vergangen; trotzdem sitzt man in Washington tatenlos da, obwohl die Lage des amerikanischen Exporthandels täglich unhaltbarer wird und schließlich dem Zusammenbruch entgegengeht. Das Ausland kann einfach die fabelhaften Preise für den amerikanischen Dollar nicht bezahlen, und Frankreich, Italien und England haben schon seit einem halben Jahre amtlich erklärt, daß sie nicht länger in der Lage seien, den Kurs zu stützen. Dazu kommt noch, daß die konkurrierenden Länder ihre Auslandsbanken und ihre Exportkaufleute direkt unterstützen, während Dunkel Sam sich nicht darum kümmert, was seine strebsamen Bürger für ehrgeizige Ausfuhrhandelspläne haben könnten. Alle Eingeweihten sind der Ansicht, daß nur schnelles Handeln der Regierung vor einer Handelskatastrophe — soweit amerikanische Ausfuhr in Frage kommt — retten kann. Noch zwei oder drei Monate weiteren Bögers würde nach fast einstimmiger Ansicht der Fachleute den endgültigen Untergang der Welthandelsströme der Vereinigten Staaten bedeuten.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

• **Neue Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland.** Der Ausschuss für Entwürfe unterbreitete dem Obersten Rat den Entwurf für ein Schreiben, in dem zum Zusammentritt des Völkerbundes in Paris unverzüglich nach der Ratifikation des Friedensvertrages aufgefordert wird. Der Rat fordert von allen Ausschüssen der Konferenz Berichte bis zum 23. Oktober darüber, welche Bedingungen des Waffenstillstandsvertrages die Deutschen nicht erfüllt haben, um Maßnahmen zur Erzwingung ihrer Durchführung zu treffen.

• **Eine Verschwörung im Elsaß.** Nach französischen Meldungen ist in Straßburg eine Verschwörung aufgedeckt worden, die auf die Neutralisierung Elsaß-Lothringens gerichtet ist. Der Führer Köhler und zwei andere Verschwörer wurden verhaftet. Ein Gewerkschaftsführer, ein früherer elsäß-lothringischer Abgeordneter und ein französischer Sozialist sollen in die Angelegenheit verwickelt sein.

• **Internationaler Spartakismus.** In Wien wurde in der Wohnung des dortigen Kommunisten Dr. Friedländer der Schweizer Kommunist Paul Ruegg, der bei Friedländer unter falschem Namen wohnte, verhaftet. Aus den bei ihm beschlagnahmten Papieren geht hervor, daß Ruegg von deutschen Spartakisten mit einem politischen Auftrage nach Wien gesandt worden war. Ruegg wollte sich von dort nach Rom begeben.

• **Das Betriebsrätegesetz.** Der Betriebsräteausschuss der Nationalversammlung beschäftigte sich mit dem Artikel 21, der sich mit der Wahl des Betriebsrates befaßt. Außerdem wird darin die Frage behandelt, ob die Betriebsratsitzungen während der Arbeitszeit stattfinden sollen oder nicht. Es wurde folgende Bestimmung angenommen: „Die Sitzungen des Betriebsrates finden in der Regel und nach Möglichkeit außerhalb der Arbeitszeit statt. Sie sind öffentlich. Der Arbeitgeber nimmt an den Sitzungen, zu denen er eingeladen ist, oder die auf seinen Antrag anberaumt ist, teil. Ihm kann in diesen Sitzungen nach Vereinbarung der Voris übertragen werden. Von Sitzungen, die während der Arbeitszeit stattfinden müssen, ist der Arbeitgeber zu benachrichtigen.“ Einen breiten Raum nahm die Beratung über Artikel 25 ein, der schließlich folgende Fassung erhielt: „Der Betriebsrat verwaltet sein Amt ehrenamtlich. Veräumnis der Arbeitszeit darf keine Kürzung des Lohnes nach sich ziehen. Die durch die Geschäftsführung entstehenden Kosten trägt der Arbeitgeber. Für Sitzungen sind geeignete Räume zur Verfügung zu stellen. Erhebung von Beiträgen für den Betriebsrat ist verboten.“

• **Die Beziehungen zum Vatikan.** Der Haushaltsausschuss der Nationalversammlung beriet den Etat des Auswärtigen Amtes weiter. Der Zentrumsabgeordnete Dr. Pfeiffer empfahl die Einrichtung einer Botschaft beim Vatikan. Minister Müller erklärt, an der Unterhaltung guter Beziehungen zum päpstlichen Stuhl habe die Regierung das größte Interesse und werde in diesem Sinne handeln. Nach einer Meldung aus der Schweiz sei damit zu rechnen, daß bis Weihnachten der größte Teil der Gefangenen aus Frankreich zurückgeliefert werde.

• **Koske und der Vorwärts.** An die Redaktion des Vorwärts hat der Reichswehrminister folgende Zeilen gerichtet: „Im Vorwärts vom 18. Oktober morgens ist die Verabschiedung zweier Generale in einer Form angezeigt, von der ich weit abricke. Wenn dort von „herauswerfen“ des einen und „im großen Bogen folgen“ des anderen gesprochen wird, so kann ich es nur verurteilen, wenn in einer derartigen Weise von Männern gesprochen wird, deren Auffassungen und Wege sich von meinen trennen, deren langjährige Friedens- und Kriegsdienste sie aber vor solchen Ausdrücken schützen müßten. Was den sachlichen Teil der Notiz anbelangt, so entscheidet der Reichspräsident nach Recht und Gesetz über die Verabschiedung von Offizieren.“ — Es handelt sich um die Generale Graf Waldersee und von der Goltz.

Deutsch-Osterreich.

• **Die neue Staatsform.** Die Nationalversammlung beriet die Vorlage betreffend die Staatsform. Nach diesem Gesetz wird Deutsch-Osterreich gemäß dem St. Germainer Vertrag die Bezeichnung „Republik Osterreich“ tragen. Ferner wird die deutsche Staatsfrage unbeschadet dem den irachlichen Minderheiten eingeräumten Rechte festgelegt. Schließlich werden die Bestimmungen der Novemberverfassung und des Märzgesetzes, wonach Deutsch-Osterreich ein Bestandteil des Deutschen Reiches ist, aufgehoben. Gegen die Änderung des Namens „Deutsch-Osterreich“ sprach der Großdeutsche Arbeiter, der auch den schmerzlichen Gefühlen der Großdeutschen über die ausdrückliche Festlegung der Auflösung der Gemeinschaft mit dem Deutschen Reich Ausdruck gab.

Welt- und Volkswirtschaft.

• **Keine gefälschten Notenserien.** Zeitungsnotizen zufolge sollen Reichsbanknoten zu 50 Mark mit bestimmten Seriennummern falsch sein. Wie wir von zuständiger Seite erfahren, entbehren diese Gerüchte jeder Begründung. Sie sind anscheinend darauf zurückzuführen, daß Fälscher bei Herstellung ihrer Fabrikate auch die Nummern echter Noten übernehmen. Von einzelnen Banken sollen sogar Verzeichnisse bestimmter Fälschstücke (unter Zugrundelegung der Seriennummer) veröffentlicht worden sein. Solche Befanntgaben müssen, falls sie tatsächlich erfolgt sein sollten, als unzutreffend bezeichnet werden. Seitens der Reichsbank sind Reichsbanknoten mit bestimmten Kontroll- und Seriennummern noch niemals für ungültig erklärt worden.

• **750 000 amerikanische Arbeiter im Ausstand.** Aus Washington wird gemeldet, daß die durch die Krise auf der industriellen Konferenz geschaffene wirtschaftliche Lage die schwierigste in der bisherigen Geschichte der Vereinigten Staaten sei. Augenblicklich befinden sich 750 000 Arbeiter im Ausstand.

Nah und Fern.

• **Keine Verlustlisten mehr.** Anfangs Oktober d. J. ist die Drucklegung der Deutschen Verlustlisten eingestellt worden. Das Zentral-Nachweilteam bedauert, daß das gewaltige Sammelwerk der Deutschen Verlustlisten nicht zu Ende geführt werden kann, zumal da im wesentlichen nur noch die Veröffentlichung der Namen der zurückkehrenden Kriegsgefangenen als Abschluß fehlt. Gleichwohl mußte die Einstellung des Drucks aus Sparmaßnahmen erfolgen. Der gesamte Auskunfts- und

Ermittlungsdienst wird in vollem Umfange aufrecht-erhalten.

• **Aufhebung des Moskischen Streikerlasses für Berlin.** Der Oberbefehlshaber Koske erläßt folgende Verordnung: Nachdem die Arbeit in den lebenswichtigen Betrieben in vollem Umfange wieder aufgenommen worden ist, wird die Verordnung vom 17. d. Mts. wieder aufgehoben. — Inzwischen geht der Metallarbeiterstreik weiter. Die Streikleitung macht aber bekannt, daß keine weitere Verschärfung des Streiks eintreten solle. Der Metallarbeiterverband wird nach Abschluß der Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium eine Generalversammlung einberufen, in der über die Wiederaufnahme der Arbeit Beschluß gefaßt werden soll.

• **Das erste deutsche Verkehrs-Seeflugzeug in Stockholm.** Am 18. Oktober landete das erste Verkehrssee-flugzeug der deutschen Luftreederei in Stockholm, wohin es auf Einladung der „Svenska Lufttrafik-Aktiefolaget“ geflogen war. Es wird einige Zeit zur Ausführung von Rundflügen dort bleiben.

• **Briefe an heimkehrende Zivilpersonen.** Es empfiehlt sich, Briefe an heimkehrende Zivilpersonen, die über holländische Häfen nach Deutschland reisen, nicht dem deutschen Konsulat in Rotterdam, sondern dem Grenzübernahmehaus in Wesel, Clevertorpassage, zur Ausständigung an die Heimkehrenden zu übermitteln. Nur wirklich dringende Briefe, deren Inhalt schon in den Niederlanden zur Kenntnis der Adressaten kommen muß, sollten, und zwar unter Angabe der Gründe, die die Ausständigung schon in den Niederlanden erforderlich machen, dem deutschen Konsulat in Rotterdam zugefandt werden.

• **Neue Braunkohlenslager.** Bei Nordlingen im schwäbischen Ries sind drei Braunkohlenslager entdeckt worden. Auf Veranlassung des bayerischen Handelsministeriums haben sich Beamte des Ministeriums und des zuständigen Oberbergamtes an Ort und Stelle begeben, um den Abbau einzuleiten.

• **Schiebungen mit Medikamenten.** In der letzten Zeit haben sich die Fälle gemeht, in denen Schleichhändler hochwertige Medikamente ins Ausland zu verschleiben versuchen. Diese Schiebungen sind um so gemeingefährlicher, als dadurch sehr begehrte Arzneimittel unseren eigenen Kranken entzogen werden und ihre Heilung hinausgeschoben wird. Im Kampfe gegen solche Schleichhändler ist es der Abteilung „Wiedererfassung“ des Reichsverwaltungsamtes in diesen Tagen gelungen, einen Schieber festzunehmen, der Novofain über Ostsee ins Ausland verschleusen wollte, und ihm Medikamente im Werte von 200 000 Mark abzunehmen. In einem andern Falle gelang es in Berlin, 300 Schachteln Morphium, die verschoben werden sollten, mit Beschlag zu belegen.

• **Was die Vergnügungssucht einbringt.** Während in den letzten Jahren vor dem Kriege 30 bis 35 000 Mark in Hagen, Westf., für Luftbarkeitssteuern einkamen, betrug die Summe der gezahlten Luftbarkeitssteuern in dem am 31. März d. J. zu Ende gegangenen Rechnungsjahre 154 000 Mark, also das Bier- bis Fünffache der früheren Höchstziffer. Nach dem seitherigen Ergebnis im Steuerjahr 1919 darf zum Schluß des Jahres mit einer Gesamteinnahme von einer Viertelmillion Mark Luftbarkeitssteuern gerechnet werden, also mit dem Siebenfachen des früheren Betrags.

• **Beulenpest in Konstantinopel.** Das Londoner Handelsamt hat von dem Gouverneur von Malta die Mitteilung erhalten, daß in Konstantinopel die Beulenpest ausgebrochen sei.

Aus Stadt und Land.

Merckblatt für den 24. Oktober.			
Sonnenaufgang	6 ¹²	Mondaufgang	7 ²²
Sonnenuntergang	4 ⁴⁰	Monduntergang	4 ⁴⁰
1601 Astronom Endo de Brabe gest. — 1648 Westfälischer Friede, Ende des 30jährigen Krieges. — 1796 Dichter Platen aeb. — 1892 Komponist Robert Franz gest.			

Wettervoraussage.

Dtwinde, meist Nebel und trocken, keine wesentliche Temperaturänderung.

• **Einstellung des Personenverkehrs an Sonntagen.** Die bereits angekündigte Einstellung des gesamten Personenverkehrs an Sonntagen wird nunmehr in Sachsen sowie in ganz Preußen vom nächsten Sonntage, den 26. Oktober ab durchgeführt. Es fallen daher bis auf weiteres an Sonntagen im allgemeinen alle der Personenbeförderung dienenden Züge aus. Lediglich für einige wenige Arbeiterverkehre werden einzelne Züge gefahren, doch ist die Benutzung dieser Züge ausschließlich den Inhabern von Arbeiter- und Zeitsfahrkarten gestattet. Ein Verkauf von Fahrkarten findet an Sonntagen (mit Ausnahme der Arbeiter- und Zeitsfahrkarten) nicht statt. Die für den Arbeiterverkehr abzulaufenden Züge werden durch Schalteranschlag bekanntgemacht, auch erteilen die Stationen nähere Auskünfte hierüber. Bezüglich des Verkehrs der Nachtschnellzüge ist folgendes besonders hervorzuheben: Die Nachtschnellzüge D 26/D 21 zwischen Berlin—Leipzig—München und D 120/D 101 zwischen Dresden und München verkehren sowohl in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag, als auch vom Sonntag zum Montag, während die Nachtschnellzüge zwischen Leipzig und Götting D 1/D 121 und D 120/D 20 nur in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag abgelaufen werden und in der Nacht vom Sonntag zum Montag ausfallen. — Bahnamtlich wird uns noch mitgeteilt, daß die letzte Fahrgelegenheit von Dresden nach Schandau an Sonnabenden der Zug 8.39 ab Dresden ist, da der Zug 11.40 bereits nicht mehr fährt, während er an Sonntagen wieder abgelaufen wird. Ueber den Zugverkehr am Reformationsfest wird noch Näheres bekanntgegeben werden. — Hoffentlich wird die nun bevorstehende Sonntagsruhe im Personenverkehr nur eine Maßnahme vorübergehender Art sein. Sollte sie aber den ganzen Winter über währen, so sind die dem gesamten Wirtschafts- und Geschäftsleben besonders unserer oberen sächsischen Schweiz entstehenden Schäden und Verluste nicht abzusehen.

• **Am Gipfel des Falkenstein** ist kürzlich eine Bronzeplakette zur Erinnerung an den in russischer Gefangenschaft verstorbenen Dresdner Alpinisten Dr. Oskar Schuster angebracht worden. Bei der Enthüllung der Plakette schilderte der letzte Reisebegleiter Schusters Dr. Walter Fischer die Person des Dahingegangenen mit treffenden Worten.

• **Das Reformationsfest** wird, wie wir hören, auch in diesem Jahre unverändert als gesetzlicher Feiertag begangen werden.

• **Dienstunbrauchbare Militärpferde** sollen nicht mehr versteigert, sondern vom Landeskulturrat an pferdebedürftige Landwirte, Gewerbetreibende und solche abgegeben werden, die im Dienste der Allgemeinheit tätig sind und denen andere Verkehrsmittel fehlen. Alle Pferdekarten und Ankaufberechtigungen verlieren mit dieser Regelung ihre Gültigkeit.

• **Vernichtung der Perlenfischerei im Vogtland.** In den früheren Jahrhunderten, teilweise bis in die neuere Zeit hinein, wurde in den verschiedenen Gewässern Thüringens und des Vogtlandes neben der Goldwäscherei auch die Perlenfischerei eifrig betrieben. Besonders bemerkenswert als Perlenwasser war seit Jahrhunderten der bei Delsitz in die Elster mündende Öhrnitzbach, in dem die Perlmuschel zu vielen Tausenden in der denkbar größten Vollendung vorkam. Seit fast 300 Jahren wurde dort die Perlenfischerei betrieben und die Perlenzucht gepflegt. Neuerdings ist nun infolge der Abwässer der Wolframwerke, die während der Kriegsjahre einen riesenhaften Betrieb entwickelten, trotz der Kläranlagen das Gewässer vollständig ausgestorben, da die Tiere auf kaltes, klares Gebirgswasser angewiesen sind. Die Wiederaufzucht ist auf Jahrzehnte hinaus ausgeschlossen.

• **Die ersten Schritte zum wirtschaftlichen Wiederaufbau Sachsens.** An zuständiger Stelle des Wirtschaftsministeriums verlautet, daß dieses in den nächsten Tagen vor Pressevertretern die Pläne zum Wiederaufbau der sächsischen Landwirtschaft, die bis jetzt vorliegen und die die ersten Schritte auf diesem Gebiete darstellen, entwickeln wird.

• **Zur Beleuchtungsbeschränkung in Sachsen.** Bekanntlich plant das Arbeitsministerium seit einiger Zeit, um möglichst viel Kohle für den Hausbrand bereitzustellen zu können, den Erlaß einer Landesverordnung auf Einschränkung des öffentlichen als auch privaten Stromverbrauchs. Nachdem die von der Regierung ausgearbeitete Verordnung dem kürzlich gegründeten Landeskohlenbeirat vorgelegt worden war und dieser den Bestimmungen nicht allenthalben zugestimmt hatte, unterzog das Arbeitsministerium die Verfassung nochmals einer Umarbeitung. Diese ist, wie man an zuständiger Regierungsstelle erklärt, fertiggestellt. Vor ihrer Veröffentlichung macht sich jedoch erst noch eine Fühlungnahme mit dem Reichskohlenkommissar notwendig. Wie wir hören, sucht das sächsische Wirtschaftsministerium Verhandlungen zu treffen, um den durch Gas- und Elektrizitätssparfünden bedingten Mehrbedarf an Petroleum für die Bevölkerung sicherzustellen.

• **Der Handel mit Böhmen.** In den mit Deutschland geführten Verhandlungen ist die Einfuhr von Heilwässern aus Karlsbad, Marienbad und Bilin von deutscher Seite ohne jede Beschränkung zugesichert worden. Der tschechoslowakischen Republik wurden bei der Einfuhr von Pforzholmer Artikeln gewisse Erleichterungen gewährt. Die Einfuhr von Kristallglas wird fallweise behandelt werden, die Einfuhr von Glaswaren aus der Tschechoslowakei nach Deutschland ist überhaupt freigegeben. Diese Vereinbarungen treten sofort in Kraft. Es wurde ferner über die Erwerbung von 10 000 event. 20 000 Waggons mit den deutschen Waggonfabriken verhandelt. Die Ausfuhrbewilligung für diese Waggons ist bereits zugesagt worden. Für die Lieferungen verlangt jedoch die deutsche Regierung Kompensationen, die zu bestimmtem Preise mit den Waggonfabriken verrechnet werden sollen. Weiter wurde über die Erleichterung beim Transport schwedischer Erze für die Eisenwerke in Witkowitz verhandelt. Es bestehen aber Transportschwierigkeiten, da keine Lokomotiven beigelegt werden können. Die Witkowitz Eisenwerke haben aber die Beistellung von Lokomotiven angeboten. Die Beistellung von Sonnage in Hamburg wurde der Tschechoslowakei grundsätzlich zugesichert, doch müssen hierüber noch weitere Verhandlungen gepflogen werden.

• **Handelsabmachungen zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei.** Wie verlautet, ist während des letzten Aufenthaltes des Prager Staatssekretärs Dr. Schuster in Berlin zwischen der tschechoslowakischen Republik und Deutschland folgende Vereinbarung getroffen worden: Beide Staaten gestatten einander freie Durchfuhr der Waren durch ihr Gebiet. Deutschland wird den tschechoslowakischen Firmen, die in Leipzig aussteilen, keine Schwierigkeiten bei der Einfuhr der in Leipzig auszustellenden Waren machen. Bei bestimmten Waren wird die Ein- und Ausfuhr gegenseitig generell gestattet sein.

• **Königsstein.** Lehrer Büschel, welcher seit Beginn des Krieges im Felde stand, hat das Eisenerz Kreuz 2. Kl. erhalten.

• **Dresden.** Die Leichenträger, die nach Mitteilung von W. S. L. in einer Ausstandsbewegung sich befinden sollen, verrichten ihre Arbeit in gewohnter Weise; weder die Angabe ihrer Forderungen noch die des Streiks ist zutreffend. Wie W. S. L. mitteilt, bezog sich die Meldung auf Zwickau, und nicht, wie er irrtümlich mitteilte, auf Dresden. — Am Montagnachmittag ist in der Nähe der Hellerfchänke die 51 Jahre alte Stereotypseherfrau Minna Braun schwer verunglückt und bald danach verstorben. Die in der Döhlerer Straße wohnhafte Frau hatte vom Lande auf einem Handwagen Kartoffeln geholt und war auf der abschüssigen Rabenburger Straße vom Wagen gestürzt, wobei sie sich schwere innere Verletzungen zuzog, die ihren Tod herbeiführten. — Beim Einfahren eines unbespannten Wagens in ein Grundstück auf der Kleinen Zwingerstraße wurde ein 47jähriger Fischergelhilfe mit solcher Wucht gegen die Hausflur geschleudert, daß der Tod infolge Zertümmerung der Schädeldecke nach wenigen Minuten eintrat.

• **Dresden.** Ein in Vorstadt Löttau wohnhafter 39jähriger Expedient, der von seiner Frau getrennt lebte, unterteufte mit einer 22jährigen Schreiberin ein Liebesverhältnis. Beide beschloßen, gemeinsam in den Tod zu gehen und nahmen Gift. Das Mädchen wurde in der Nacht als Leiche aufgefunden, der Expedient wurde bestunungslos dem Krankenhaus zugeführt.

• **Körschenbroda.** Am 18. Oktober ist hier eine 20 bis 22 Jahre alte unbekannte Frauensperson als Leiche aus der Elbe gelandet worden. Beschreibung: mittel, Haare braun, Stirn hoch, Augen braun, Augenbrauen dunkelblond,

Nase gewöhnlich, Ohren klein, Mund groß, Zähne vollständig, Gesicht länglich; Bekleidung: schwarze Samtsacke, dunkles, blaues Boile-Mantelkleid mit hellen Blickehen, weißem Unterrock, desgleichen Beinkleider, weißes Hemd mit Stickerei, desgleichen Korsett, braune Strümpfe, Lederstrumpfbänder, braune Lederhalbschuhe mit hohen Absätzen, graue Zwirnhandschuhe. Die unbekannte Tote, welche vermutlich Verkäuferin war, trug folgende Gegenstände bei sich: kleine goldene Ohrringe mit roten Steinchen, goldenes Halskettchen mit Anhänger (Handmalerei, Rose auf blauem Untergrund), eine Photographie im Rahmen (junger Mann). Nachrichten zur Ermittlung der Unbekannten werden an die Zentrale über Vermittelte und unbekannte Tote der Polizeidirektion Dresden erbeten.

Rüßchenbroda. „Ich bin so gern daheim!“ In einem hiesigen Gasthause saß nach Mitternacht noch eine fröhliche Runde von Gästen, welche sangesfro, wie die Sachen alle sind, ein Lied nach dem andern sangen. Eben war das gemütvollste Lied von Heinrich Pfeil angestimmt worden: „Ich bin so gern daheim, daheim in meiner stillen Klause“, und festerlich verhallte der Schlussreim: „Ein liebes Weib, ein herzlich Kind, das ist mein Himmel auf der Erde!“ Da öffnete sich die Tür, und eine stöhnende Stimme rief

die andächtig Versammelten aus aller Stimmung heraus: „Deswegen seß de dich doch wohl ewiglang hier in die Kneipe hin, Waldemar? Mach bloß, daß de heem kommst, mei Bärschgen, sonst . . .“

Sachsenburg. In eine unangenehme Lage gerieten drei Kriegerfrauen, deren Männer gleich zu Anfang des Krieges als vermißt gemeldet wurden. Infolge dessen nahmen die Frauen an, daß die drei Feldzugsteilnehmer gefallen seien, um so mehr, als auch alle Nachforschungen erfolglos blieben, und verheirateten sich wieder. Jetzt sind nun die drei Vermißten plötzlich zurückgekehrt. Sie waren feinerzeit in französische Gefangenschaft geraten und versuchten zu flüchten, wobei sie jedoch wieder in die Hände der Franzosen fielen. Diese brachten die Flüchtlinge nach Marokko, von wo aus sie nicht nach der Heimat schreiben durften. Voraussetzlich werden die zweiten Ehen der Kriegerfrauen wieder geschieden werden.

Leipzig. Gestern abend hat die hiesige Beamtenchaft in einer von über 3000 Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten, Gemeindeführern und Gemeindeangestellten besuchten Versammlung zu der Ablehnung der Beschaffungsbeihilfe an die städtischen Beamten und Angestellten Stellung genommen und eine Entschlüsselung gefaßt, wonach die Beamten

unter keinen Umständen auf die Beschaffungsbeihilfe verzichten können und ihre Forderungen durch Ergreifung der äußersten zulässigen Mittel verwirklichen wollen. Die Reichs- und Staatsbeamten erklärten, mit allen Kräften die Forderung der städtischen Angestellten usw. zu unterstützen.

Chemnitz. Da die Amtshauptmannschaft Chemnitz einer der verschuldetsten Bezirke ist — die Schuldenlast hat jetzt eine Höhe von rund 20 Millionen Mark erreicht —, wurde in der letzten Gemeindevertreter-Konferenz der Amtshauptmannschaft Chemnitz ein Antrag angenommen, in dem die Regierung um eine Gesetzesvorlage ersucht wird, die einen Ausgleich der verschuldeten mit den weniger verschuldeten Kommunalverbänden erstrebt. Als Mittel wurde die Zusammenlegung aller Schulden und die gleichmäßige Verteilung auf alle Verbände vorgeschlagen. — Der Verein für evangelisch-lutherische Heidenmission in Chemnitz kann in diesen Tagen auf ein 50jähriges Bestehen zurückblicken.

Herzogswalde. Vorigen Sonntag nachmittag entstand in der mit Getreide gefüllten Scheune des Gutsbesizers Kreflitz Feuer, welches in kurzer Zeit das Gebäude in Asche legte. In der Scheune lagerten auch die zum sofortigen Verbrauch bestimmten Kartoffeln, so daß der Schaden bedeutend ist. Zweifellos liegt Brandstiftung vor.

Fortsetzung des amtlichen Teiles.

Nachstehende Bekanntmachungen werden zur allgemeinen Kenntnis gebracht mit dem Bemerken, daß die Verordnung des Wirtschaftsministeriums LLA 2559 II G 2 vom 5. 9. 19 — Nr. 204 der Sächsischen Staatszeitung vom 6. 9. 19 — über **Höchstpreise für Gemüse** mit sofortiger Wirkung aufgehoben wird.

Dresden, am 21. Oktober 1919.

Wirtschaftsministerium.
Landeslebensmittelamt.

Bekanntmachung.

Auf Grund der Bekanntmachung über Gemüse, Obst und Süßfrüchte vom 3. April 1917 (Reichsgesetzbl. S. 307) wird unter Bezugnahme auf die Bekanntmachungen der Reichsstelle für Gemüse und Obst vom 12. und 22. November 1918 (Reichsanzeiger 268 und 281 vom 12. und 28. November 1918) bestimmt:

§ 1.

Gemäß § 5 des Lieferungsvertrages über Herbstgemüse werden die Vertragspreise für die nachstehend verzeichneten Gemüsearten je Zentner bis auf weiteres wie folgt festgesetzt:

Für Weißkohl	4.— M.
„ Rotkohl	7.25 „
„ Wirtskohl	6.75 „
„ Grünkohl bis zum 30. November 1919	6.75 „
„ rote Möhren und Karotten aller Art einschließlich der kleinen runden Karotten	5.25 „
„ gelbe Möhren	3.75 „
„ weiße Möhren	2.25 „

Diese Preise gelten für gesunde, marktsfähige Handelsware frei verladen in Bahnwagen oder in Schiff.

§ 2.

Die Preise des § 1 sind Höchstpreise im Sinne des Höchstpreisesgesetzes.

§ 3.

Die Bekanntmachung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Bekanntmachung vom 16. August 1919 (Reichsanzeiger 189 vom 21. August 1919) außer Kraft.

Berlin, den 18. Oktober 1919.

Reichsstelle für Gemüse und Obst.
Der Vorsitzende: v. Lilly.

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 4 der Verordnung über Gemüse, Obst und Süßfrüchte vom 3. April 1917 (Reichsgesetzbl. 307) wird bestimmt:

§ 1.

Der Erzeugerhöchstpreis für Zwiebeln (lose) wird wie folgt festgesetzt:

vom 1. November 1919 ab	12 M. je Zentner
„ 1. Dezember 1919 ab	13 „ „
„ 1. Januar 1920 ab	15 „ „
„ 1. Februar 1920 ab	18 „ „
„ 1. März 1920 ab	21 „ „

Diese Preise gelten für gesunde, marktsfähige Handelsware frei verladen in Bahnwagen oder in Schiff.

§ 2.

Diese Verordnung tritt am 1. November 1919 in Kraft. Am gleichen Tage tritt die Bekanntmachung vom 2. September 1919 (Reichsanzeiger 201 vom 4. Sept. 1919) außer Kraft.

Berlin, den 18. Oktober 1919.

Reichsstelle für Gemüse und Obst.
Der Vorsitzende: v. Lilly.

Felle kauft

Ziegen bis 70.— M., Hirsch bis 70.— M., Reh bis 22.— M., Hasen bis 5.— M., Fiesel bis 10.— M., Kanin per Skio 17.— M., Rindhaut per Skio 14.— M., Maulwurf bis 2.— M., Marder bis 250.— M., Fuchs bis 200.— M., taufe andere sowie Rohhaut usw.

Franz Peterka, Dresden-N., Birnische Straße 2.

Geübte Blumen- Arbeiterinnen
in und außer Haus

für gut lohnende, dauernde Arbeit nehmen sofort an

Füssel & Richter, Sebnitz i. Sa.

„Weiterer Blick“, Altendorf.
Sonntag, den 26. Oktober:

Skat = Turnier.
Als Hauptgewinn eine Wurst.

Anfang 5 Uhr. Hierzu ladet ein

Anfang 5 Uhr. das Komitee.

Achtung!
Niemand veräume, sich **Kürbisse** zu kaufen.

500 Zentner billige prima Speisekürbisse

werden **Freitag auf Bahnhof Wendischhöhe** verkauft.

Zentner 8.— Mark,
1/2 Ztr. 4.— Mark.

Für Wiederverkäufer billiger.

Hohfeld & Co.

Karbid! Karbid!
Karbidlampen!
Elektr. Taschenlampen, Batterien,
Karbid-Batterienlaternen

weit unter Fabrikationspreis und trotzdem solid und dauerhaft.

E. Bollmann u. Sohn,
Schandau, Zaukenstraße.

Möbel

**Wohnzimmer
Schlafzimmer
Speisezimmer
Herrenzimmer**

in jeder gewünschten Holz- und Stilart

**Einzelne Möbel
Farbige Küchen**

in großer Auswahl liefert in guter Ausführung zu soliden Preisen gegen bar und auf **Teilzahlung.**

Gekaufte Möbel können kostenlos lagern.

Versand auch nach auswärts.

Auswärtig. Kunden gewähre Fahrtvergütung.

N. Fuchs
Dresden,
Neumarkt 6—7.

Krauthäupter
verkauft
Franze in Altendorf.

Stallstreu
empfiehlt
Holzwohle = Mull
in 3 Ztr.-Ballen gepreßt
Holzwohlewerk Haidemühle, Lichtenhain.
Telephon 65, Amt Schandau.

Deck-Reisig
gibt ab
Richard Lehmann
Lichtenhainer Wasserfall.

Hobelbänke
neue und gebrauchte, werden gesucht.

Hans Klemm,
Möbelfabrik Hirschmühle bei Schöna.

Fast neuer blauer Damenrock
(für gr. Figur) zu verkaufen.
Villa „Emma“, Schandau.

Kindereoses Ehepaar sucht sofort bez. 1. Januar 1920
Wohnung
bis 750 Mark.
Offerten unter **G. R. 212** an die Sächsische Elbzitung.

Nerven schwäche, Nervosität oder Neurasthenie, Stölkern, Angstzustände, Behandlung durch **Max Lindner,** Sebnitz, Forstweg 12, Prosp. fr. 30 Jahre Praxis.

Beludskarten werden schnell angefertigt.
Sächs. Elbzg.

Herzlichen Dank allen,
welche uns beim Hinscheiden unseres lieben Söhnchens und Brüdchens Trost sprachen und den teuren Entschlafenen durch reichen Blumenschmuck und letztes Geleit ehrten.

In namenlosem Schmerz
Familie Richard Oehme.
Rathmannsdorf, am 22. Oktober 1919.

Arbeitergesangverein „Vorwärts“, Schandau.
Sonnabend, den 25. Oktober, abends 7 Uhr,
in **Hegenbarths Sälen:**
Familien = Abend,
bestehend aus Gesangsvorträgen und Tanz.
Freunde und Gönner des Vereins sind herzlich willkommen.
Der Vorstand.

Mitglieder der Kurkapelle
empfehlen sich für
Musikausführungen
jeglicher Art.
Aufträge nimmt entgegen **Alexander Behr, Poststr. 30.**
Trauerbriefe u. Trauerkarten fertigt schnell an
d. Sächs. Elbz.

Verkauf dienstunbrauchbarer Militärpferde.

Die dienstunbrauchbaren Militärpferde sollen nicht mehr versteigert, sondern vom Landeskulturrat an wirklich pferbedürftige Landwirte, Gewerbetreibende und solche Personen abgegeben werden, die im Dienste der Allgemeinheit tätig sind und denen zur Ausübung ihres Berufs andere Verkehrsmittel fehlen. Schwer Kriegsbeschädigte, welche ein Pferd zum Erwerbe ihres Lebensunterhalts brauchen, sowie Hinterbliebene von im Felde Gefallenen werden, wenn eine Notwendigkeit vorliegt, zuerst berücksichtigt. Mehr als zwei Pferde können vorläufig keinem Betriebe überlassen werden. Gesuche für derartige Pferde sind sofort bei den Amtshauptmannschaften und den Stadträten der bezirksfreien Städte — nicht beim Landeskulturrat — einzureichen. Für die Gesuche sind Vorbrücke zu benutzen, die von den Amtshauptmannschaften oder Stadträten zu beziehen sind. Die Amtshauptmannschaften und Stadträte geben die Gesuche an den Landeskulturrat weiter. Hier befindet über die Gesuche ein aus Landwirten und Gewerbetreibenden zusammengesetzter Ausschuss.

Die Bestimmung, daß Pferde nur im Bedürfnisfalle und vorläufig nicht mehr als 2 Pferde überlassen werden, gilt auch für die Entleiher dienstunbrauchbarer Militärpferde. Auch sie haben daher bei der Amtshauptmannschaft oder dem Stadtrat ihren Bedarf unter Benutzung der von dort zu erhaltenen Vorbrücke anzumelden. Ist ersichtlich, daß ein Entleiher das Leihpferd vernachlässigt hat, um auf diese Weise seine Dienstunfähigkeit und somit die Möglichkeit des Erwerbs herbeizuführen, so wird die Militärverwaltung das Pferd auf jeden Fall einziehen. Dagegen werden gut gepflegte Pferde den Entleihern, soweit ihre Bedürftigkeit nachgewiesen und die Militärverwaltung der Pferde anerkannt worden ist, bis zu einer Anzahl von 2 Stück, wenn irgend möglich, käuflich überlassen werden.

Durch vorstehende Regelung des Verkaufs der dienstunbrauchbaren Militärpferde verlieren alle Pferdefarten, sowie die Bescheinigungen der Behörden, die zum Ankauf eines Militärpferdes berechtigen, ausnahmslos ihre Gültigkeit.

Dresden, den 17. Oktober 1919.

Landeskulturrat.

Einige Vergiftmeinnicht-Binderinnen
suchen
Köhler & Günther, Sebnitz i. S.